

**Anfrage zur mündlichen Beantwortung O-000040/2014
an die Kommission**

Artikel 115 der Geschäftsordnung

Constanze Angela Krehl, Francesco De Angelis, Patrice Tirolien, Derek Vaughan, Vasilica Viorica Dăncilă, Isabelle Thomas, María Irigoyen Pérez, Francesca Barracciu, Salvatore Caronna, Evgeni Kirilov, Luís Paulo Alves
im Namen der S&D-Fraktion

Betrifft: Überschwemmungen und schwere Witterungsbedingungen in Europa

Seit Ende Dezember 2013 wurden Frankreich, Spanien, Italien, Irland, Portugal und das Vereinigte Königreich von zahlreichen Stürmen heimgesucht, die zu Sachschäden und Opfern in der Bevölkerung geführt haben.

In Frankreich waren die Regionen Bretagne, Aquitanien und Var besonders stark von schweren Überschwemmungen betroffen. In Irland haben die Stürme Christine und Darwin an der Süd- und Westküste und in weiten Teilen der Midlands die schwersten Schäden seit 50 Jahren verursacht. Der Süden und Westen von England und Wales waren von den schlimmsten Überschwemmungen seit Jahrzehnten betroffen. Auch in Italien waren die Regionen Lazio, Emilia Romagna, Toskana, Sardinien und Veneto von schweren Überschwemmungen betroffen. In Spanien waren die Regionen Galizien, Asturien, Kantabrien und das Baskenland besonders stark von schweren Überschwemmungen betroffen. In Portugal waren die Regionen Lissabon, Porto, die Azoren und Madeira besonders stark von schweren Überschwemmungen betroffen, und die Meeresküste wurde von schweren Stürmen, starken Winden und einem extremen Seegangecho heimgesucht, die auch verheerende Überschwemmungen und verschiedene Sachschäden verursacht haben.

1. Welche finanzielle, technische und menschliche Hilfe kann die EU zur Unterstützung der betroffenen Bevölkerungen bereitstellen?
2. Ist die Kommission der Ansicht, dass für diese Katastrophen wahrscheinlich Hilfe aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union (EUSF) in Anspruch genommen werden kann? Wird die Kommission die Schwelle für Schäden im Rahmen der regionalen Regelung flexibel auslegen, um sicherzustellen, dass kein Mitgliedstaat aufgrund einer falschen Auslegung der Anforderungen hinsichtlich der Schwelle für Schäden von der Inanspruchnahme des Fonds ausgeschlossen wird?
3. Welche Mechanismen und Strategien gibt es derzeit, um Naturkatastrophen zu verhindern und mit den Folgen fertigzuwerden? Beabsichtigt die Kommission, solche Strategien weiterzuentwickeln?
4. Legt die Kommission den Mitgliedstaaten als Teil der Verhandlung über Partnerschaftsabkommen für Kohäsionspolitik im Zeitraum 2014–2020 nahe, Maßnahmen für Vorbeugung, Risikomanagement und Wiederaufbau für die betroffenen Gebiete einzuleiten?
5. Wie kann die Reform der Verordnung (EG) Nr. 2012/2002 zur Errichtung des Solidaritätsfonds der Europäischen Union, über die derzeit im Parlament und im Rat diskutiert wird, dazu beitragen, effektiver auf solche Katastrophen zu reagieren, wenn man bedenkt, dass der Haushalt des EUSF für 2014–2020 im Vergleich zum laufenden Zeitraum um die Hälfte gekürzt wurde?

Eingang: 19.2.2014

Weiterleitung: 21.2.2014

Fristablauf: 28.2.2014